

24. Juli 2023

Damit die Hoffnung zurückkehrt

Unser Plan für ein gerechtes Land

Von **Martin Schirdewan** (Vorsitzender der Partei DIE LINKE)
und **Gregor Gysi**

DIE LINKE.

Aufbruch und Fortschritt hat Bundeskanzler Olaf Scholz zum Start der Ampel-Koalition versprochen. Die Wahrheit ist, noch nie war die Bundesrepublik sozial so gespalten wie jetzt: Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, d. h. mehr als 42 Millionen Menschen. Dieses Jahr wollen die Dax-Konzerne über 75 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten: Aber für die Sanierung von Schulen oder Schwimmbädern soll kein Geld da sein.

Die großen Energiekonzerne, Wohnungsunternehmen und Lebensmitteldiscounter heizen die Inflation durch überzogene Preis- und Mietsteigerungen weiter an. Die Preise steigen deutlich schneller als Löhne und Einkommen. Dadurch hat die große Mehrheit der Menschen real immer weniger Geld. Und die Bundesregierung? Sie schaut tatenlos zu.

Die Mindestlohnkommission schlägt – gegen die Stimmen der Gewerkschaften – eine Anhebung des Mindestlohns auf lediglich 12,41 EUR vor. Eine Steigerung von etwas mehr als 3 Prozent, die von der Inflation mehr als getilgt wird. Denn allein die Nahrungsmittel sind im letzten Jahr um rund 14 Prozent teurer geworden. Eine Lohnsenkung für rund 6 Mio. Beschäftigte im Niedriglohnbereich.

Insbesondere der Osten ist Niedriglohnland. Fast jede und jeder Vierte arbeitet in Ostdeutschland im Niedriglohn – und diese Statistik erfasst nur die Vollzeitbeschäftigten. In bestimmten Regionen, wie im Kreis Sonneberg, wo die extreme Rechte triumphiert, ist es sogar jede und jeder Dritte. Die Ostdeutschen haben durchschnittlich niedrigere Renten als die Westdeutschen. 33 Jahre nach der Wende machen viele Menschen in Ostdeutschland immer noch die Erfahrung, abgehängt zu sein. Sie erleben, dass »der Osten« mit hohen Quoten des Niedriglohns und ungleichen Chancen verbunden ist. Eine Strategie für die Gleichstellung des Ostens hat die Ampel nicht.

Die selbst ernannte Fortschritts-Regierung hat die Menschen enttäuscht. Sie ist mit dem Versprechen angetreten, den Pflegenotstand zu stoppen. Doch der Personalmangel dort wird immer größer, die Pflegeversicherung immer teurer. Und jetzt sollen laut Gesundheitsminister Lauterbach auch noch 20 Prozent aller Krankenhäuser geschlossen werden. Aus der Pandemie hat man offensichtlich wenig gelernt.

Die Ampel wollte die Kinderarmut bekämpfen und Familien unterstützen. Jetzt wird die geplante Kindergrundsicherung von zwölf auf zwei Milliarden zusammengekürzt und das Elterngeld wartet seit 15 Jahren vergeblich auf eine Anpassung an die Inflation. Bundesweit fehlen immer mehr Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte. Aber die Schuldenbremse soll wichtiger sein.

Die Mieten gehen weiter durch die Decke. 400 000 Wohnungen wollte die Regierung jährlich bauen, um die Not nach bezahlbarem Wohnraum einzudämmen. Geschafft hat sie nicht einmal 300 000, davon nur 20 000 bezahlbare Sozialwohnungen. Jetzt soll auch noch mit Habecks-Heizungsgesetz eine neue Modernisierungumlage beschlossen werden, die Mieterinnen und Mieter zusätzlich belastet. So wird die Wärmewende nicht gelingen.

Aber statt jetzt zielgerichtete Maßnahmen aufzulegen, um die Menschen in diesem Land sicher durch die Krise zu führen und zumindest die eigenen Regierungsziele zu erreichen, ist die Ampel mit sich selbst beschäftigt. Mehr noch: Scholz, Lindner, Habeck und Co. wollen in der Sackgasse sogar noch aufs Gas drücken und Milliarden bei Sozialausgaben kürzen. Gekürzt wird nicht nur bei Familien mit Kindern, sondern auch in der Wohlfahrtspflege. Mit den geplanten Kürzungen um 25 Prozent drohen massive Einschnitte bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten. Ausgerechnet bei der Migrations- und Asylberatung soll um bis zu 50 Prozent gekürzt werden, obwohl die Zahl der Geflüchteten gerade auch infolge von Kriegen auf einem historischen Höchststand ist. Ebenfalls soll bei den Mitteln für die psychosozialen Zentren und die Bundesfreiwilligendienste gekürzt werden. Die Zuschüsse für Kunst und Kultur nehmen ab. Dies ist antizivilisatorisch.

Nicht gespart wird hingegen bei der Rüstung. Vorgesehen ist sogar ein Anstieg von 1,7 Milliarden Euro. 19,2 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zusätzlich 2024 aus dem 100-Milliarden »Sondervermögen« für die militärische Aufrüstung erhalten. Rheinmetall erhielt durch das Sondervermögen erst in diesem Monat einen Auftrag der Bundeswehr für mehrere Hunderttausend Artilleriegeschosse im Wert von 1,3 Milliarden Euro.

Statt Aufbruch herrscht Ampel-Ausfall. Das Ergebnis ist fatal: Millionen Menschen wissen nicht mehr, wie sie am Ende des Monats über die Runden kommen sollen. Familien mit Kindern sind besonders betroffen. Kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter hohen Kosten, Industriebetriebe drohen mit Abwanderung. Vor diesem Hintergrund macht der nötige soziale und ökologisch gerechte Umbau unseres Verkehrssystems sowie der Energie- und Wärmeversorgung den Menschen immer Angst statt Hoffnung auf ein besseres Leben. Diese Entwicklung gefährdet unsere Demokratie. Die extreme Rechte feiert ein Umfragehoch nach dem anderen. Gemeinsam mit Friedrich Merz macht sie Stimmung gegen sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und Minderheiten.

Die Bundesregierung muss jetzt dringend umsteuern und den Menschen Verlässlichkeit in Zeiten des Umbruchs und der Krisen bieten.

Dafür fordert DIE LINKE:

Löhne und Einkommen erhöhen:

■ Wir schlagen einen **gesetzlichen automatischen Inflationsausgleich für alle Löhne und Gehälter** vor, wie in Belgien¹, Luxemburg², Malta und Zypern. Eine automatische Anpassung an Preissteigerungen, (auch Indexlohn genannt), sichert nachhaltig die Kaufkraft für alle Beschäftigten und verbessert die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften. Auch die Binnennachfrage wird stabilisiert.

■ Die **regelmäßigen Entgelt-Tarifverhandlungen**, in denen dann der Anteil an der Produktivitätssteigerung und am Umverteilungszuschlag verhandelt wird, **bleiben davon unberührt**. Auch Arbeitsbedingungen, Urlaub, Arbeitszeit etc. werden weiter zwischen den Tarifparteien verhandelt.

■ In der Theorie besteht eine Entgelterhöhung aus drei Komponenten: (1) absehbare Preisentwicklung + (2) steigende Arbeitsproduktivität + (3) Umverteilungskomponente. In der Praxis bleiben die Forderungen und erst recht die Ergebnisse immer häufiger schon hinter der Preisentwicklung zurück. **Es wird nicht mehr um eine Erhöhung des Reallohns verhandelt**, sondern um die **Höhe der Absenkung**. Jedoch **verbuchen viele Unternehmen Rekordgewinne** und der Reichtum in wenigen Händen nimmt zu. Mit einem automatischen Inflationsausgleich verbessern wir nicht nur die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften und **helfen den Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifbindung**, sondern **bremsen auch die Gierflation** (Gewinn-Preis-Spirale) der Unternehmen. Denn überzogene Preissteigerungen würden über die angepassten Löhne schnell wieder als Kosten bei den Unternehmen ankommen.

■ Der marktradikale **Mythos der Lohn-Preis-Spirale ist empirisch falsch**: Arbeitgeberverbände argumentieren, dass gerechte Lohnforderungen die Inflation weiter anheizen. Oft wollen sie nur die eigenen Gewinnmargen schützen. Untersuchungen der luxemburgischen Statistikbehörde Statec zeigen, dass eine automatische Lohnangleichung an die Inflation nur zu minimalen Steigerungen der Verbraucherpreise führt.

■ Wir fordern einen **Mindestlohn in Höhe von mindestens 14 EUR**, der auch Armut im Alter verhindert. Damit würde auch die EU-Mindestlohnrichtlinie umgesetzt werden. Die Richtlinie sieht vor, dass die Mindestlöhne mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten erreichen müssen. Außerdem soll die Inflation in die Berechnung des Mindestlohns eingehen. Die Richtlinie muss bis Ende 2024 umgesetzt werden.

■ Wir wollen eine **Lohnoffensive Ost!** Gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften wollen wir für mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge auch dort kämpfen. Unser Ziel: die Löhne in den neuen Ländern bis Ende 2025 (dem Ende der Legislaturperiode) zu 100 Prozent an das Westniveau anzugleichen.

■ **Tarifvereinbarungen** müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden – für alle Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Umsteuern:

■ Für Millionäre wollen wir die **Vermögensteuer** wieder erheben: So nehmen wir mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr ein, die den Ländern und damit den Kommunen für Investitionen zur Verfügung stehen.

■ Mit einer **Übergewinnsteuer** für die Krisengewinner sorgen wir für ein Umsteuern in der Preis-Krise. Allein im Jahr 2022 hätten wir im Energiesektor 100 Milliarden Euro durch eine Besteuerung der Übergewinne einnehmen können.

■ Menschen entlasten: bis zum Ende der Preiskrise einen rückwirkenden **Inflationsausgleich bei Renten, BAföG, Elterngeld und Sozialleistungen!** Das stabilisiert wiederum auch die Binnennachfrage.

Rente sichern:

■ Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die **Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente erhalten** bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen.

■ Für Zeiten im Niedriglohnsektor wollen wir **generell für alle Beschäftigten** in Ost und West eine **Höherbewertung in der Rente** einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Miete bezahlbar machen:

■ Wir fordern einen bundesweiten **Stopp für Mieterhöhungen** und Obergrenzen für die Mieten (**Mietendeckel**). Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen oder ausgeglichen werden!

■ **250 000 Sozialwohnungen pro Jahr müssen geschaffen werden.** Der Staat muss Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare Wohnungen bauen. Öffentlich geförderte Wohnungen müssen dauerhaft in der Sozialbindung bleiben.

Dem Rechtsruck entgegentreten:

■ Wir benötigen eine umfassende **Unterstützung für die Zivilgesellschaft**, die sich überall und oft ehrenamtlich den Rechten entgegenstellt. Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich dem Rechtsruck widersetzen und/oder von ihm bedroht werden. **Protest, ziviler Ungehorsam und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung für Demokratie** und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Parteiübergreifend muss über die Gewinnung von mehr Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Strukturen gesprochen. Das gilt für Begegnungen sämtlicher im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien.

■ Es gilt jetzt **offensiv die sozialen Themen anzugehen**, um der großen Mehrheit der Menschen Verlässlichkeit im nötigen Umbau unserer Gesellschaft in Richtung Klimagerechtigkeit zu bieten. Das zeigt den Menschen, dass die Politik handlungsfähig ist und Krisen überwinden statt nur verwalten kann.

Zukunft erbauen:

■ Wir wollen **öffentlichen Reichtum statt öffentlichem Mangel**. DIE LINKE hat einen durchgerechneten Plan, wie wir **das Land gerecht machen**. Mit unserem **sozialen und klimagerechten Investitionsprogramm** beseitigen wir den Investitionsstau, bringen Energie- und Wärmewende voran, bauen den ÖPNV aus, sorgen für bessere Bildung mit mehr Personal, für bezahlbares Wohnen und eine gute Gesundheitsversorgung statt Pflegenotstand, mehr Kunst- und Kulturangebote. So entstehen in den kommenden Jahren **1 Million klimagerechte Jobs**. Und wir machen den Sozialstaat armutsfest. Dadurch schaffen wir Wohlstand und einen Gewinn an Lebensqualität für alle, statt für wenige.

■ Mit unserer **Steuerreform** generieren wir die nötigen Mehreinnahmen für die Staatskasse und entlasten gleichzeitig bei der Einkommensteuer jene Menschen, die 8.333,33 EUR brutto oder weniger im Monat verdienen.

■ **Schuldenbremse abschaffen**: Investitionen des Staates in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind wichtig für die Zukunft. Sie rechnen sich gerade auch für die nachfolgenden Generationen. Es ist ökonomisch sinnvoll, Investitionen, die über Generationen halten sollen, längerfristig zu finanzieren. Selbst wenn die Bundesregierung gegen jede Vernunft an der Schuldenbremse festhält, muss sie die Vermögenden, die extrem Reichen und Krisengewinnerinnen und -gewinner zumindest deutlich gerechter besteuern.

1 | **Belgisches Modell**: In Belgien werden die Löhne und Sozialleistungen automatisch erhöht, sobald der Durchschnitt der Verbraucherpreise – der »Index« – gestiegen ist. (Der Index basiert auf den Preisen für 600 Waren und Dienstleistungen. Alkohol, Tabakwaren, Benzin und Diesel werden nicht mit einberechnet). Im Öffentlichen Dienst wird der Lohn mehrmals im Jahr angepasst, im privaten Sektor nur einmal im Jahr – zum 1. Januar. (So gab es für viele Beschäftigte zum 1. Januar 2023 11 Prozent mehr Lohn). Auch die Sozialleistungen und Renten sind in Belgien indexiert und werden entsprechend erhöht.

2 | **Luxemburger Modell**: Jedes Mal, wenn der Verbraucherpreisindex (basierend auf einem Warenkorb mit ca. 60.000 Produkten) im gleitenden Semesterdurchschnitt um 2,5 Prozent angestiegen oder gefallen ist, werden die Löhne und Gehälter, aber auch Renten, Ausbildungsvergütungen, Familienzulagen, garantiertes Mindesteinkommen, usw., um 2,5 Prozent angepasst.